



Bulgariens neue Regierung: Bürger sehen wieder Hoffnung für ihr Land

Seit fast sechs Monaten hat Bulgarien eine neue konservative Regierung. Bei den regulären Parlamentswahlen in 2009 wurde die 2006 gegründete konservative Partei GERB (Bürger für europäische Entwicklung Bulgariens) der klare Sieger. Mit 39,71 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen bekam die Partei des bisherigen Sofioter Oberbürgermeisters, Boyko Borissov, 116 von insgesamt 240 Sitzen im bulgarischen Parlament und erreichte somit beinahe die absolute Mehrheit.

Das neue bulgarische Parlament wurde am 14. Juli 2009 vom Staatspräsident Georgi Parvanov einberufen. Zur Parlamentspräsidentin wurde die GERB-Abgeordnete, Tsetska Tsatscheva, gewählt.

Laut bulgarischer Verfassung hat der Staatspräsident das Mandat zur Regierungsbildung GERB, der größten parlamentarischen Fraktion, erteilt. In der Plenarsitzung des Parlaments am 27. Juli wurde Boyko Borissov zum Ministerpräsidenten gewählt. Für ihn und für sein Kabinett stimmten 162 Abgeordnete - alle 116 GERB-Vertreter, die Parlamentarier der „Blauen Koalition“ (Union der demokratischen Kräfte und Demokraten für ein starkes Bulgarien), der Partei „Ordnung, Recht und Gerechtigkeit“ und der Partei „Ataka“. Es gab 77 Gegenstimmen.

Warum sehen so viele Bulgaren in der jungen Partei GERB den Hoffnungsträger für eine bessere politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihres Landes? Das wurde inzwischen mehrfach in den Medien im In- und Ausland kommentiert. Ein kurzer Überblick der politischen Entwicklung Bulgariens in den letzten Jahren lässt die Motivation dieser Hoffnung verständlich werden.

Nach der Parlamentswahl 2005 wurde der angestrebte EU-Beitritt Bulgariens im Jahre 2007 die Grundlage für die Bildung einer Koalitionsregierung von damals ideologisch und politisch weit auseinander stehenden Parteien – die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), die vom früheren bulgarischen König Simeon gegründete liberale Partei (NDSW) und die liberale Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), die Partei, welche traditionell von der türkischen Minderheit in Bulgarien gewählt wird. Das Koalitionsabkommen zwischen diesen Parteien wurde „Regierung der europäischen Integration Bulgariens“ betitelt.

Am 1. Januar 2007 wurde Bulgarien Mitglied der EU. Aber auch zwei Jahre danach war es weiterhin ein Land mit ineffizienter Justiz und einer großen Korruption in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Als am meisten von Korruption befallenen Institutionen in Bulgarien nennt eine im Jahre 2009 veröffentlichte Studie von *Transparency International* die Gerichte und an zweiter Stelle die politischen Parteien. Besonders gravierend waren die Korruptionsschemata bei öffentlichen Ausschreibungen von Infrastrukturprojekten, für welche es eine EU-Teilfinanzierung gab. Der Reformwille auf allen Verwaltungsebenen war mangelhaft. Das Fehlen von Gerichtsurteilen und die Praxis der politischen Schirme verursachten einen gravierenden Mangel an Gerechtigkeit.

Der fortdauernde Zerfallsprozess im konservativen politischen Lager in Bulgarien nach der Wahlniederlage der Union der demokratischen Kräfte bei der Parlamentswahl 2001, führte zu einem Verlust politischer Zukunftsvisionen und Hoffnungen auf einen Regierungswechsel bei den traditionellen Wählern bürgerlicher Parteien. Diese negative Entwicklung hat im Jahre 2006 dem damals gegründeten Bürgerverein GERB die Chance gegeben, in Bulgarien als eine neue

konservative Alternative erfolgreich zu sein. GERB entstand im Lager der konservativen bürgerlichen Kräfte als ein neuer Hoffnungsträger im Zuge einer Bündelung demokratisch orientierter politischer Kräfte. Im Dezember 2006 wurde aus dieser Bürgerbewegung eine Partei gleichen Namens. Laut damaliger Umfragen seien zwischen 12 Prozent und 15 Prozent der Bürger Bulgariens daran interessiert gewesen, dass GERB zu einer Partei würde. Die neue Partei, an deren Spitze ihre beiden Gründer waren - Boyko Borissov, ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium und danach Oberbürgermeister von Sofia, und der Vorsitzende der GERB-Partei, Zvetan Zvetanov, gewann im Jahre 2007 zwei Wahlen - die ersten im Lande zum Europäischen Parlament (5 Sitze im EP) und die Gemeindewahlen bei denen Borissov erneut zum Oberbürgermeister von Sofia gewählt wurde. Im Jahr darauf wurde GERB als Mitgliedspartei in die EVP aufgenommen und nach der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 stellt die Partei nun fünf Abgeordnete in der EVP-Fraktion. Nach ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen im Juli 2009 ist GERB die regierende Partei in Bulgarien. Am 15. November 2009 fanden Bürgermeisterwahlen in Sofia und in anderen Gemeinden in Bulgarien statt, weil einige Bürgermeisterposten vakant geworden waren; der Oberbürgermeister von Sofia, Boyko Borissov, wurde Ministerpräsident, andere Bürgermeister wurden Parlamentsmitglieder oder übernahmen Posten in der Regierung des Landes. Die OB-Kandidatin der GERB-Partei, Jordanka Fandakova, Bildungsministerin in der neuen bulgarischen Regierung, hat die Wahl in Sofia überzeugend mit 70 Prozent der Stimmen gewonnen. Sie ist nun die erste Frau im Amt eines Oberbürgermeisters der bulgarischen Hauptstadt.

Die Hanns-Seidel-Stiftung ist seit 1993 mit einem Projektbüro in Bulgarien vertreten und verfolgt seit dieser Zeit das Zeitgeschehen im Lande. Das Projekt der Stiftung in Bulgarien hat als Oberziel einen Beitrag zur demokratischen, rechtsstaatlichen Reformentwicklung Bulgariens als neues EU-Mitgliedsland zu leisten.

Der Bürgerverein GERB wurde 2006 mit aktiver Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung gegründet, danach hat sie seine Entwicklung beratend begleitet und unterstützt.

Im Jahr 2007 lag der Schwerpunkt bei der Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Bürgerverein GERB auf der Erarbeitung seines Statuts, auf seiner gesellschaftspolitischen Arbeit und auf der Bildung von Arbeitsgruppen zu verschiedenen sachpolitischen Themen. Angewandte Maßnahmen waren die politische Beratung, der Einsatz von Kurzzeitexperten, die Durchführung von Seminaren und Konferenzen. Der Wahlerfolg bei den Europa- und Kommunalwahlen belegte die Effizienz und die steigende politische Rolle der neuen Formation GERB.

Der Akzent der Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein GERB 2008 und 2009 fiel auf die Durchführung von Expertenkonferenzen, auf denen das politische Programm der Partei in verschiedenen sachpolitischen Bereichen (innere Sicherheit, Jugend und Sport, Ausbildung, Landwirtschaft, Europafonds u. a.) durch offene Diskussionen, entsprechend den europäischen konservativen Grundwerten und innenpolitischen Besonderheiten, verbessert wurde. Infolgedessen wurde GERB als wichtiger Reforminitiator in der Gesellschaft positioniert.

Nach dem Beispiel der bürgerlichen Parteien in Deutschland sind Frauen- und Jugendunion, sowie Senioren- und Unternehmerverein als Unterorganisationen von GERB mit Unterstützung des Projekts der Hanns-Seidel-Stiftung gegründet und aufgebaut worden.

Über 90 Prozent der Politiker der Partei GERB waren auf nationaler und regionaler Ebene bislang politisch nicht engagiert. In den letzten zwei Jahren hat das Projekt der Hanns-Seidel-Stiftung in Bulgarien in Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein GERB bei politischen Bildungsseminaren viele junge Politiker und Gemeindepolitiker geschult, um sie für die Übernahme von Führungsaufgaben in der Verwaltung besser zu qualifizieren.

Die intensive politische Beratung und Expertenunterstützung war immer einer der Schwerpunkte bei der Arbeit im politischen Sektor in Bulgarien.

Im April und im August 2009 besuchten der Ministerpräsident a. D., Dr. Günther Beckstein, und Christian Hegemer, Leiter des Instituts für internationale Begegnung und Zusammenarbeit (IBZ) der Hanns-Seidel-Stiftung, Sofia. Im Vordergrund standen Beratungsgespräche mit dem Expertenausschuss für innere Sicherheit von GERB bezüglich der Erarbeitung einer Reformstrategie für Innere Sicherheit.

Im November des Jahres waren auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung Veselin Vuchkov, stellvertretender Innenminister von Bulgarien und Boyko Slavchev, Leiter des Büros des Innenministers, zu einem dreitägigen Besuch in Bayern. Sie führten Gespräche mit Dr. Peter Witterauf, Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung und Christian J. Hegemer. Im Programm waren auch Gesprächstermine mit dem bayerischen Ministerpräsidenten a.D., Dr. Günther Beckstein, mit Waldemar Kindler, Landespolizeipräsident und mit anderen Vertretern der bayerischen Polizei.

Am 17. und 18. Juli 2009 waren Boyko Borissov, damals nominierter bulgarischer Ministerpräsident und Tsvetan Tsvetanov, Vorsitzender der Partei GERB, Gäste beim CSU-Parteitag in Nürnberg. Sie besuchten auch die Zentrale der Hanns-Seidel-Stiftung in München und führten dort ein Gespräch mit Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair und mit Dr. Peter Witterauf, in dem sie u.a. ihren Dank für die langjährige Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung beim Aufbau der demokratischen Gesellschaft und bei der Begleitung der Reform des Polizei- und Sicherheitssektors in Bulgarien zum Ausdruck brachten.

Bei dem politischen Beratungsgespräch in der Hanns-Seidel-Stiftung wurden den führenden GERB- Politikern davon abgeraten, ein politisches Abkommen für parlamentarische Unterstützung mit der nationalistischen Partei „Ataka“ zu unterzeichnen, weil ein solcher Akt keinesfalls von den bürgerlichen Kräften in Europa akzeptiert würde. GERB entschied sich, allein eine Regierung in Bulgarien zu bilden.

Nach der überwiegenden Meinung in den bulgarischen Medien heutzutage, fast sechs Monate nach der Bildung der GERB-Regierung, werden die ersten politischen Schritte dieser Regierung als richtig gewertet und als solche, die den politischen Willen zur Durchführung der für Bulgarien notwendigen Reformen zeigen. Die Revision der korrupten Praktiken und Handlungen von den Vertretern der letzten Regierung und die effektive Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) waren die wichtigsten Versprechen von GERB vor den Parlamentswahlen und wurden mit großem Interesse in allen Medien kommentiert.

Im Laufe der Revision der letzten Regierung wurde eine Anklage gegen den früheren Ministerpräsidenten, Sergey Stanishev, wegen grober Fahrlässigkeit bei Umgang mit Berichten der DANS (Staatliche Agentur für nationale Sicherheit) erhoben. Ein streng geheimer, für ihn bestimmter Bericht über die Schemata und Formen der Organisierten Kriminalität und der Korruption auf höchster Ebene, soll unreglementiert auch anderen, unbefugten Personen zugänglich gemacht worden sein. Der Generalstaatsanwalt beantragte die Aufhebung der parlamentarischen Immunität Stanishevs, um die offizielle Ermittlung einzuleiten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch gegen andere Minister der früheren Regierung. Die Immunität der Arbeitsministerin in jener Regierung, Emilia Maslarova, wurde aufgehoben und sie wurde wegen Verdacht auf Betrug bei der Renovierung von öffentlichen Gebäuden einiger Sozialämter angeklagt.

Die Tauschgeschäfte mit staatlichen Wäldern wurden gestoppt. Über 350 ha staatliche Wälder am Schwarzen Meer und in den Wintersportorten wurden bei den letzten 47 Geschäften zur Zeit der früheren Regierung zum durchschnittlichen Preis von 413 Euro pro Hektar gegen private Wälder in entlegenen Regionen getauscht.

Laut Schätzungen der Weltbank sind für den Staat aufgrund von Tauschgeschäften mit staatlichen Wäldern während der letzten 20 Jahre Verluste im Wert von einer Mrd. Leva (500 Mio. Euro) entstanden. In diesem Fall hat die Regierung die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und alle weiteren Geschäfte verboten. Der entlassene Direktor der Staatsbehörde für die Wälder,

Stefan Jurukov, wurde wegen Betrug in besonders hohem Masse bei Tauschgeschäften mit staatlichen Wäldern angeklagt. Angeklagt ist auch der ehemalige Landwirtschaftsminister Valeri Tsvetanov.

Im November und Dezember konnte das Innenministerium erste wichtige Ergebnisse bei der Bekämpfung der OK erreichen. Ein Auftragsmord wurde aufgeklärt, die Bande der sog. „Naglite“ (die „Frechen“) zerschlagen.

Vom neuen bulgarischen Parlament wurden zwei sehr wichtige Gesetze geändert: Das Gesetz über das Innenministerium und das Gesetz über die Arbeit der staatlichen Sicherheitsagentur. Nach diesen Änderungen haben nunmehr Polizisten die Möglichkeit, in sämtlichen Kriminalfällen zu ermitteln und die Zuständigkeiten der Polizei sind von jenen der Sicherheitsdienste klar getrennt.

Die Regierung hat eine Zivilklage gegen den früheren Ministerpräsidenten Simeon Sachscoburggotski für die Nichtigkeit des Aktes, mit dem an Simeon mehrere hundert Hektar Wälder restituiert wurden, erhoben.

In der Energiepolitik wird versucht, für Bulgarien eine Alternative zu Russland zu finden. RWE hat sich als privater Investor von dem Projekt für den Bau des Atomkraftwerks „Belene“ zurückgezogen, die Zukunft dieses Projektes ist unklar.

Angesichts der schlechten Wirtschaftssituation und Arbeitslosigkeit hat die neue bulgarische Regierung ein sehr schweres Erbe angetreten. Der neue Wirtschaftsminister prognostizierte für das Ende des Jahres ein Haushaltsdefizit von 2,5 Mrd. Leva. Die ersten Maßnahmen der Regierung waren Kürzung der Gesamtausgaben um 15 Prozent (1,315 Mrd. Leva), sowie Maßnahmen gegen den Schmuggel von Erdöl, Alkohol und Zigaretten. Dadurch sollten Verluste für den Fiskus in Höhe von mehreren Mrd. Leva verhindert werden. Bulgarien konnte das Jahr 2009 mit dem niedrigsten Haushaltsdefizit (250 Mio. Euro) von allen EU- Mitgliedsstaaten abschließen.

Bulgarien hat nun makroökonomische und finanzielle Stabilität und braucht zum Unterschied anderer osteuropäischer Länder keine finanzielle Krisenunterstützung durch den Internationalen Währungsfond oder andere internationale Finanzinstitutionen. Die Devisenreserven bei der Bulgarischen Zentralbank betragen 7,7 Mrd. Leva (1 Euro = 1,95 Leva). Die bulgarische Währung hat einen fixen Kurs zum Euro und ist stabil.

Für 2010 hat die Regierung eine Reihe von Antikrisenmaßnahmen erarbeitet. Das geforderte Grundkapital zur Registrierung von Firmen wurde von 5 000 auf 2 Leva gesenkt. Die Sozialversicherungsbeiträge werden ab 2010 um 2 Prozent gesenkt – 1,1 Prozent weniger für den Arbeitgeber und 0,9 Prozent weniger für den Arbeitnehmer. Ab 2010 wird die Frist zur Rückerstattung der Mehrwertsteuer an Firmen von drei Monaten auf 30 Tage gesenkt. Die monatelangen Verspätungen dieser Rückerstattungen haben in letzter Zeit viele Firmen zur Insolvenz geführt. Ab 2011 plant die Regierung eine Senkung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, von 20 auf 17.

Zwei Entwicklungen für 2010 werden als Folgen der Krise besonders spürbar sein. Von 6,3 Prozent im Jahr 2008 ist die Arbeitslosenquote Ende 2009 auf 9,3 Prozent gestiegen. Für 2010 wird eine Arbeitslosenquote von 12,8 Prozent erwartet. Die Höhe der Schulden, die Firmen untereinander haben, hat Ende 2009 200 Mrd. Leva erreicht. Ein weiterer Anstieg dieser Schulden, durch Verspätung von Zahlungen, könnte eine Lawine von Insolvenzen verursachen und somit zu einer noch höheren Arbeitslosigkeit führen.

Die Prognosen für 2010 sind von Nullwachstum des BIP bis Rückgang um 1,7 Prozent. Die bulgarische Regierung erwartet aber die ersten Anzeichen zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Steigerung der Staatseinnahmen für den Sommer 2010.

Ein wichtiges Ergebnis der neuen Regierung im Jahr 2009 ist die bereits erfolgte Freigabe von eingefrorenen EU-Mitteln. 314 Millionen Euro von den für Bulgarien gesperrten EU-Subventionen wurden wieder zur Verfügung gestellt: 115 Millionen für das Programm ISPA, 109 Millionen für die Landwirtschaft und 90 Millionen für das PHARE-Programm.

Als Erfolg der neuen bulgarischen Regierung kann auch Folgendes genannt werden: Der Minister ohne Portfolio, Boshidar Dimitrov, arbeitet intensiv an der Erleichterung des Regimes zur Verleihung der bulgarischen Staatsbürgerschaft.

Das Justizministerium hat Gesetzesänderungen vorbereitet und ins Parlament gebracht, die die Strafverfolgung effizienter machen sollen.

Das Arbeitsministerium hat ein Programm mit Maßnahmen zur Intensivierung der Sozialpolitik verabschiedet.

Das Verteidigungsministerium hat einen Plan zur Stärkung und Modernisierung der Streitkräfte erarbeitet.

Es gibt aber auch europapolitische Entscheidungen der GERB-Regierung, die angesichts der offenen Kritiken und Kontroversen als Fehlentscheidungen bewertet werden können. Dies betrifft vor allem die Nominierung von Rumjana Jeleva als bulgarische Europakommissarin. Die politischen Auseinandersetzungen nach ihrer Befragung im Europäischen Parlament bezüglich ihrer fachlichen Kompetenz und eines eventuellen Interessenkonflikts dieser Kandidatin haben dem Image der neuen bulgarischen Regierung geschadet (Anmerkung der Redaktion: Jeleva hat am 19.01.2010 ihre Kandidatur zurückgezogen).

Die ersten Monaten der neuen Regierung waren die Bewährungsprobe für deren Entschlossenheit und Fähigkeit, die Korruption und die Organisierte Kriminalität im Lande zu bekämpfen, Auswege aus der tiefen Wirtschaftskrise zu finden, das Gefühl für Gerechtigkeit in der bulgarischen Gesellschaft wiederherzustellen. Die Noten für die Regierung in Bulgarien und in Brüssel sind positiv. Viele Bulgaren sehen wieder Hoffnung für ihr Land.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Bogdan Mirtshev, Projektleiter Bulgarien
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-369 – Fax.:+49 (0)89 1258-359
E-Mail: EVALUIERUNG@HSS.DE – Homepage: WWW.HSS.DE
Erstellt am: 18. Januar 2010, in Sofia